



## Niederschrift 32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.09.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
-----------------------	---------	---------------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Frau Olga Schummel	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Teilnahme bis 19:40 Uhr
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	Teilnahme bis 20:05 Uhr
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	Teilnahme bis 20:40 Uhr
Frau Anja Heigl	Die Andere	Teilnahme bis 19:00 Uhr

#### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Herr Florian Engels	SPD	
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	Teilnahme 17:55 Uhr bis 20:35 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

#### Gast

Frau Carmen Lehmann	FB Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Frau Heike Lupuleak	Musikschule
Herr Bernd Richter	KIS

Herr Erik Wolfram	FB Stadtplanung
Frau Katja Sellenheim	FB Stadtplanung
Herr Robert Werner	FB Bildung und Sport
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Elvira Eichelbaum	SL Grundschule am Priesterweg
Herr Jan Bosschaart	MAZ

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	nicht anwesend
-------------------	---------------	----------------

**sachkundige Einwohner**

Frau Inge Stab	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.08.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs  
Bezug: Schreiben von Mitgliedern der Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V.
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule  
Vorlage: 11/SVV/0483  
Fraktion CDU/ANW
- 4.2 Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgynasium  
Vorlage: 11/SVV/0117  
Fraktion FDP
- 4.3 Soziale Infrastruktur für die Wohnungsbau-Potenzialflächen im Bereich südlich  
des Hauptbahnhofes  
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0647  
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.4 Sommerangebot der Stadt Potsdam für kinderreiche Familien zur Nutzung der  
Strandbäder "Stadtbad Park Babelsberg" und "Waldbad Templin"

- Vorlage: 11/SVV/0389  
Fraktion DIE LINKE
- 4.5 Schulbezirkssatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0578  
FB Bildung und Sport  
überwiesen in  
Ortsbeirat Neu Fahrland
- 4.6 Neufassung der bestehenden Entgeltordnung für die Volkshochschule "Albert Einstein"  
Vorlage: 11/SVV/0590  
Öffentliche Weiterbildung  
Bildung und Sport (ff)
- 4.7 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0598  
FB Bildung und Sport  
Bildung und Sport (ff)
- 4.8 Sportförderbericht des Jahres 2010  
Vorlage: 11/SVV/0521  
FB Bildung und Sport
- 4.9 Sitzungskalender 2012  
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0571  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zum Umzug des Hauses 2 der Städtischen Musikschule an den Standort Stern
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.08.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Schröder** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Da Herr Klemund an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, schlägt er vor, TOP 3 zurückzustellen und in der Sitzung am 25.10.2011 zu behandeln.

Dagegen gibt es keine Einwände.

Zur Niederschrift der Sitzung am 16.08.2011 gibt es keine Anmerkungen bzw. Einwände.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung am 16.08.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:** keine Gegenstimmen

**zu 3 Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs  
Bezug: Schreiben von Mitgliedern der Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V.**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und in der Sitzung am 25.10.2011 behandelt.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule  
Vorlage: 11/SVV/0483  
Fraktion CDU/ANW**

**Herr Schröder** begrüßt die Schulleiterin der Grundschule am Priesterweg, Frau Eichelbaum. Er informiert zum modifizierten Antrag, der in Vorbereitung der Sitzung an die Ausschussmitglieder ausgereicht wurde.

**Frau Eichelbaum** erklärt, dass es ab 2013 zwei Einrichtungen in einem Gebäude geben solle, die Grundschule und ein Familienzentrum. Dafür müsse ein neues Programm entwickelt werden. In Baubesprechungen gebe es Themen, die sie fachlich nicht einschätzen könne. Deshalb habe sie um Unterstützung gebeten. Im Ergebnis des Workshops am 10.09.2011 habe sich eine Gruppe bereit erklärt einen Beirat zu wählen, der den Prozess der Stadtteilschule begleiten soll. Dieser Beirat wird sich in der nächsten Woche in der Schule treffen und beraten, wie weiter verfahren werde.

**Frau Michalske-Acioglu** hat am Workshop teilgenommen und darauf verwiesen, dass es einen Antrag der Stadtverordnetenversammlung gebe, der ein ähnliches Anliegen verfolge. Sie fragt, ob der gegründete Beirat die Funktion erfüllen könne, die vom Antragsteller gewünscht werde. Wenn die Bürger den gegründeten Beirat wollen, habe sich der hier vorliegende Antrag eventuell erledigt.

**Frau Eichelbaum** erklärt, dass sich der Beirat nicht auf Grund des Antrages gegründet habe. Es gehe um die inhaltliche Gestaltung und Begleitung.

**Frau Knoblich** sieht den Antrag als einen gesonderten Antrag und hat eine Nachfrage zum koordinierenden Gremium.

**Herr Schröder** verweist auf den geänderten Antragstext, der den Ursprungsantrag auf Grund des Workshops fortschreibe.

**Frau Dr. Orlowski** spricht sich dagegen aus, dass Stadtverordnete in den

Beiräten sein sollen. Wenn es Probleme gebe, werde der Bildungsausschuss angerufen und diese dort behandelt.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass sich PRO Potsdam als städtische Tochter um den Workshop kümmerte und die Gründung eines Beirates vorgeschlagen habe. Das heißt der städtische Verantwortliche sei Herr Westphal. Sie verweist auf den Beirat im Luftschiffhafen, wo ebenfalls zentrale Themen diskutiert werden.

**Herr Schröder** erinnert daran, dass der Antrag vor der Sommerpause in den Gremien zurückgestellt wurde. Der dreitägige Workshop habe gezeigt, dass es um die inhaltliche Ausrichtung gehe. Da es sich hier neben dem Umbau des Stadtteils Drewitz um ein Schlüsselprojekt handle, habe auch die Politik die Aufgabe steuernd mitzuwirken. Damit das Projekt zum Erfolg führe, sollte man unterstützend tätig sein.

**Herr Richter** informiert über die bauliche Aufgabenstellung. Zu den konkreten Aufgabenstellungen habe es Abstimmungen mit dem Fachbereich Bildung und Sport gegeben. Im November müsse man ausschreiben, um die Fördermittel für die Stadtteilschule abrufen zu können. Zum Bau gebe es noch Abstimmungsbedarf. Die Frage ist, wer zukünftig Mieter des KIS sein werde und wie die Trennung von Schule und Stadtteil funktioniere. Insofern wäre es begrüßenswert, dass ein Nutzungskonzept erarbeitet und abgestimmt werde.

**Frau Michalske-Acioglu** fragt, ob man zwei Beiräte wolle, zudem man auch im Werksausschuss über die Dinge rede.

**Frau Dr. Orlowski** möchte sich nicht aus der Verantwortung stehlen, meint aber, dass das verantwortliche Gremium der Ausschuss für Bildung und Sport sei. Die Frage sei, wie der Beirat gehandhabt werden soll.

**Herr Schröder** verweist darauf, dass im neuen Antrag nicht Beirat, sondern Arbeitsgruppe stehe.

**Herr Menzel** unterstützt den Antrag, da die Arbeitsgruppe Grundschule Pappelallee eine konstruktive Arbeit geleistet habe.

**Herr Schröder** erklärt, dass es nicht Ziel sei, zwei parallele Beiräte zu gründen. Es handle sich jedoch um ein wichtiges Sozialprojekt, das im Entstehen sei. Dafür habe man Verantwortung. Die Schulleitung solle die Schule leiten, nicht die Stadtteilschule. Diese habe eine ganz andere Funktionalität. Beides sollte man sauber trennen.

**Herr Wollenberg** spricht sich dafür aus, den Antrag als erledigt zu betrachten. Im gebildeten Beirat seien entsprechende Vertreter. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Mitarbeit von Stadtverordneten nicht gewollt sei. Als einziges Manko sehe er die baufachliche Beratung der Schulleiterin, die nicht gewährleistet sein soll. Diese sollte der KIS gewährleisten.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf Festlegungen der Beigeordnetenkonferenz, wonach ein Begegnungszentrum für den Stadtteil Drewitz entstehen solle. Es müsse ein Betreiber für das Begegnungszentrum gesucht werden. Man sollte die Dinge nicht laufen lassen, sondern den Prozess strukturieren. Deshalb müsse man sich eine Meinung bilden, wer das Familienzentrum betreibt.

**Frau Eichelbaum** erklärt, dass es sich um zwei unterschiedliche Sachen handle.

Zum Einen müsse das Betreiberkonzept durch die Stadt erarbeitet werden. Dazu könne der gebildete Beirat Vorstellungen erarbeiten. Die Stadtverordneten sollten nicht ausgeklammert werden. Zum Anderen möchte sie einen externen Begleiter, der sie bei Baufragen und Gesprächen mit dem KIS berät.

**Frau Engel-Fürstberger** spricht sich dafür aus, den Antrag zu beschließen. In erster Linie gehe es um die Projektleitung. Man sollte ein Gremium schaffen, wo es Austausch gebe und es so handhaben, dass der Beirat tage und die Politik bei Bedarf einbezogen werde.

**Frau Schummel** kann dem Antrag nicht zustimmen, weil sich für sie zu viele Widersprüche ergeben.

**Herr Richter** erklärt, das Projekt werde derzeit von 6 oder 7 namhaften externen Büros betreut. Er verstehe, dass ein Baulaie das Alles nicht verstehen könne. Deshalb habe er das Angebot gemacht, in der Schulkonferenz über die Planung und darüber, warum man sich aus Kostengründen für bestimmte Dinge entschieden habe, zu informieren. Der Fachbereich Bildung und Sport sei in die Abstimmungen einbezogen. Er sei gern bereit, für die Schaffung von Akzeptanz zu sorgen.

**Herr Schröder** erklärt, dass er den Antrag zurückgezogen hätte, wenn er der Meinung wäre, die Sache hätte sich erledigt. Man rede über Bauvorhaben, wo man nicht wisse, wer der Betreiber sein soll. Es gebe 15 Leute, die sich damit beschäftigen. Das könne man nicht laufen lassen, da es sich um ein wichtiges Projekt handle. Da sich die PRO Potsdam mit dem von ihr organisierten Workshop bereits der inhaltlichen Problematik angenommen hat schlägt er vor, den Antrag zurückzustellen und zur Sitzung am 25.10.2011 Herrn Westphal, Geschäftsführer der PRO Potsdam, einzuladen.

**Frau Dr. Orlowski** regt an, Herrn Westphal darum zu bitten, in Vorbereitung der Sitzung einen schriftlichen Sachstand auszureichen.

**Frau Dr. Orlowski** stellt den **Geschäftsordnungsantrag**: Schluss der Debatte.

Es gibt keine Rede dafür oder dagegen.

**Herr Schröder** lässt die vorgeschlagene Verfahrensweise abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	4

**Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgestellt.**

**Zur Sitzung am 25.10.2011 werden Herr Westpfahl und Herr Hagenau von PRO Potsdam eingeladen. Herr Westpfahl wird gebeten, in Vorbereitung der Sitzung einen schriftlichen Sachstand abzugeben, der an die Ausschussmitglieder ausgereicht wird.**

**zu 4.2 Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgymsnasium**  
**Vorlage: 11/SVV/0117**  
Fraktion FDP

**Frau Engel-Fürstberger** bringt den Antrag ein.

**Herr Richter** informiert, dass sich der Werksausschuss intensiv mit dem Antrag beschäftigt habe. Während des laufenden Vergabeverfahrens seien die Möglichkeiten des Beirates beschränkt. Eine andere Situation ergebe sich zum Jahresende, wenn der Vergabevorschlag unterbreitet werde. Dann werde es ein Gremium geben, welches Kommunikation und Vertragsdurchführung begleiten müsse. Im Rahmen der Ausschreibung sei vorgesehen, dass es ein Gremium pro Schule geben werde. Der KIS werde dafür sorgen, dass Kommunikation mit Schule und Elternvertretern erfolge. Es werde ein entsprechendes Qualitätsmanagement aufgebaut. Aus Sicht des KIS sei ein gesondertes Gremium entbehrlich. Der Werksausschuss habe den Antrag mit 8 zu 2 Stimmen abgelehnt.

**Frau Engel- Fürstberger** erklärt den Antrag durch Verwaltungshandeln als erledigt.

**Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgezogen.**

#### **zu 4.3 Soziale Infrastruktur für die Wohnungsbau-Potenzialflächen im Bereich südlich des Hauptbahnhofes**

**Vorlage: 11/SVV/0647**

FB Stadtplanung und Bauordnung

**Herr Schröder** erklärt, dass sich der Ausschuss im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes mit der Mitteilungsvorlage befasse. Er begrüßt Herrn Wolfram vom Fachbereich Stadtplanung.

**Herr Wolfram** erläutert, dass man eine neue Planungsebene einführe, die 18 Planungsräume vorschlage, um eine Prognose zu erstellen, wer, was an sozialer Infrastruktur benötige. Man hoffe, dass man auf Grund der neuen Gliederung Prognosen entsprechend der Einwohnerentwicklung für jeden Planungsraum erstellen könne. Am Ende der Vorlage gebe es einen Ausblick, wie man private Entwickler an den Kosten der Infrastruktur beteiligen könne. Man sei dabei, eine Wegeanalyse für Kinder in Kitas und Schulen durchzuführen. Wenn alle B-Potentialflächen bis 2020 realisiert werden, bedeute das ca. 6000 neue Einwohner. Daraus ergeben sich 5 Standorte für Kitas und ein Grundschulstandort. Hier schlage man vor, im Rahmen der Inklusion Gebäude umzunutzen, bevor eine neue Grundschule gebaut werde. Er bietet an, Fragen zur Mitteilungsvorlage zu beantworten.

**Frau Dr. Magdowski** möchte wissen, wo ein neuer Standort für eine Grundschule wäre.

**Herr Wolfram** räumt ein, dass man keinen habe, heute aber keine abschließende Diskussion darüber geführt werde.

**Herr Werner** erklärt, dass es mit dem Fachbereich Bildung und Sport Abstimmung dazu gebe, dass der Standort Schule am Nuthetal grundsätzlich als Grundschulstandort geeignet sei. Dort könnten erstmals ab 2013/14 Erstklässler aufgenommen werden. Diese würden dann im Sinne der Inklusion mit Förderschülern beschult werden. Auch die Option der Verlagerung der Comenius-Schule und damit das Bündeln von Förderschulen am Schlaatz

erscheint sehr vage.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Frau Knoblich** erklärt, sie habe den Eindruck, dass die Grundstücksentwickler geschont werden sollen. Diese sollten doch bestimmte Dinge übernehmen.

**Herr Schröder** verweist auf Beispiele aus anderen Städten, wo man sich orientieren könnte.

**Herr Wolfram** informiert, dass Anfang des Jahres ein Workshop mit Vertretern aus anderen Städten angedacht sei.

**Frau Engel-Fürstberger** gibt zu bedenken, dass die Schaffung von Infrastruktur Aufgabe der Kommune sei. Man könne Privaten Kosten überhelfen, diese werden sich aber auf die Mieten auswirken.

**Frau Dr. Magdowski** fände es gut, wenn man Städte heranziehe, wo es diesbezüglich Erfahrungen gebe. Miete brauche immer einen Markt.

**Herr Menzel** bittet darum, die Stadt Münster zum Erfahrungsaustausch einzuladen.

**Herr Schröder** erklärt, die Kommune müsse die Infrastruktur auch bezahlen können. So gab es zum Beispiel auch beim Bornstedter Feld den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, bei der Überleitung der Planung entsprechende Flächen für soziale Infrastruktur vorzusehen. Er bittet die Bauverwaltung trotz beginnender Inklusionsdiskussion, im Bereich Straßenbahndepot eine Fläche für eine Grundschule vorzuhalten. Inklusion sei ein langer Prozess. Der Bedarf an einer weiteren Grundschule im Bereich Templiner Vorstadt könnte schneller entstehen, als die Umsetzung inklusiver Bildung. Er warnt davor, die gleichen Fehler wie im Bornstedter Feld zu machen.

**Herr Wollenberg** schließt sich den Ausführungen an. Auch wenn der Standort der Comenius-Schule zur Verfügung stünde, reiche er nicht für die Anzahl der zu erwartenden Schüler aus.

**Herr Werner** ergänzt, dass bei der Inklusionsdiskussion die Comenius-Schule zuletzt betroffen sei. Man rede bei Inklusion davon, dass voraussichtlich ab 2013 an der Schule am Nuthetal und der Fröbelschule keine 1. Klassen aufgenommen werden. Ob diese Schulen für die Speicherstadt die richtigen sind, sei fraglich.

**Frau Dr. Orlowski** bestätigt, dass die Comenius-Schule aus der Inklusionsdebatte ausgenommen sei. Es gehe um Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Mit der Comenius-Schule könne man nicht planen.

**Herr Szilleweit** ist Anwohner im Planungsgebiet. Er führt aus, dass die Einwohner eine Schule am Schlaatz nicht akzeptieren werden.

**Frau Schummel** erklärt, es solle nicht darum gehen, Zuzug zu ermöglichen. Familien mit zwei oder mehreren Kindern, die in Potsdam wohnen und ihre Wohnsituation verbessern möchten, sollte ermöglicht werden, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

**Frau Knoblich** empfiehlt der Bauverwaltung, bestimmte Sachen zu überdenken



und auf den Prüfstand zu stellen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Empfehlung aus.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt im B-Plan Nr. 104 eine Fläche für eine Grundschule vorzuhalten, bis das Thema Inklusion abgearbeitet ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.4 Sommerangebot der Stadt Potsdam für kinderreiche Familien zur Nutzung der Strandbäder "Stadtbad Park Babelsberg" und "Waldbad Templin"**

**Vorlage: 11/SVV/0389**

Fraktion DIE LINKE

**Herr Schröder** verweist darauf, dass Frau Schulze aufgrund der Ausführungen von Frau Sello den Antrag in der Sitzung am 16.08.2011 zurückgezogen habe. Dr. Scharfenberg habe im Ältestenrat erklärt, dass seine Fraktion den Antrag doch nicht zurückzieht. Deshalb stehe der Antrag heute erneut auf der Tagesordnung. Er verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

**Herr Wollenberg** gibt den Änderungsantrag zur Kenntnis und bittet um Zustimmung.

Neuer Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass das Angebot der derzeitigen Familienkarte für die städtischen Strandbäder auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und ab der Sommersaison 2012 in Kraft gesetzt wird.

Das Ergebnis wird der SVV mit einer Beschlussvorlage zur Änderung der Entgeltordnung im Dezember 2011 vorgelegt.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf die Ausführungen von Frau Sello in der letzten Sitzung. Man hatte Einverständnis darüber, dass der Sachverhalt bei einer Änderung der Gebührensatzung erneut diskutiert werden könne.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

**Herr Schröder** lässt den geänderten Antrag abstimmen.

**Geänderter Beschlusstext**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass für die Sommersaison 2011 – Juli und August – die Gültigkeit der Familienkarte für das "Strandbad Park Babelsberg" und das "Waldbad Templin" für bisher 4 (2 Erwachsene und 2 Kinder)-Nutzungsberechtigte **das Angebot der derzeitigen Familienkarte für die städtischen Strandbäder** auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und **ab der Sommersaison 2012** in Kraft gesetzt wird. ~~Darüber hinaus soll geprüft werden, ob dieses Angebot zu einem jährlichen Dauerangebot von Mai bis September für die Nutzung der beiden Potsdamer Freibäder ausgebaut werden kann.~~

Das Ergebnis dieser Prüfung ist ~~wird~~ der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am ~~31. August 2011~~ vorzulegen. **mit einer Beschlussvorlage zur Änderung der Entgeltordnung im Dezember 2011 vorgelegt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 4.5 Schulbezirkssatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 11/SVV/0578**

FB Bildung und Sport

überwiesen in

Ortsbeirat Neu Fahrland

**Frau Lehmann** informiert, dass nach sieben Jahren eine neue Schulbezirkssatzung eingebracht werde. Zur Zeit gelte die Satzung vom 09.11.2004. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Schulentwicklungsplan 2009-2015 wurden die Zügigkeiten der Grundschulen und Primarstufen an weiterführenden Schulen festgelegt. Zum Schuljahr 2012 werde die Grundschule in der Pappelallee den Schulbetrieb aufnehmen. Für diese Schule hat der Schulträger einen Einzugsbereich zu bestimmen. Das sei mit der vorliegenden Satzung erfolgt. Die vorliegende Satzung wurde mit dem Staatlichen Schulamt abgestimmt. Die Schulen hatten die Möglichkeit, von ihrem Anhörungsrecht Gebrauch zu machen. Der Kreisschulbeirat hat zugestimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Schulbezirkssatzung der Landeshauptstadt Potsdam zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

**zu 4.6 Neufassung der bestehenden Entgeltordnung für die Volkshochschule "Albert Einstein"**

**Vorlage: 11/SVV/0590**

Öffentliche Weiterbildung

Bildung und Sport (ff)

**Frau Dr. Voigtländer** erklärt, dass die Volkshochschule mit der Änderung der bestehenden Entgeltordnung Forderungen der Stadtkasse nachkomme, das Forderungsmanagement zu verbessern. So wurde die Formulierung der möglichen Zahlungsvorgänge konkretisiert. Darüber hinaus wurden mit dem Ziel verbesserten Kundenservices Rechnungen zwecks Überweisung des Entgelts sowie Bezahlung per EC-Cash neu aufgenommen. Neue Begrifflichkeiten im Zuge der Arbeitsmarktreform fanden ihren Eingang. Der Paragraph zur Stadtteilvolkshochschule wurde gestrichen. Aus Gründen der Gleichbehandlung mit Auszubildenden wurden Au-pairs in den Kreis der Ermäßigungsberechtigten einbezogen. Eine neue Kalkulation des Entgeltes wurde nicht vorgenommen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Entgeltordnung der Volkshochschule „Albert Einstein“ zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.7 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 11/SVV/0598**

FB Bildung und Sport

Bildung und Sport (ff)

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass die Satzungsänderung Folge des Bildungs- und Teilhabepaketes sei. Es werden keine Leistungen abgebaut.

**Her Szilleweit** fragt, was mit den eingesparten 63.000 Euro passiere.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass diese dem städtischen Haushalt zugeführt werden.

**Herr Szilleweit** verweist auf den Workshop zum kostenlosen Schülerticket. Er sehe das Geld dort platziert.

**Herr Schröder** erklärt, dass dies der Haushaltssystematik widerspreche. Die Fraktion könne jedoch einen Antrag zum Haushalt stellen.

**Herr Szilleweit** stellt fest, dass sich die Zahl der anspruchsberechtigten Schüler von 2007 bis 2011 um 50 Prozent erhöht habe. Er fragt nach, warum das so sei.

Die Antwort kann in der Sitzung nicht eindeutig gegeben werden. Es wird der Auftrag erteilt, dies mit der Niederschrift zu tun.

Antwort zur Niederschrift:

Am 01. September 2008 ist die Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam vom 10. Juli 2008 (DS 08/SVV/0637) in Kraft getreten. Ab diesem Zeitpunkt war nicht mehr der Besuch der nächstgelegenen Schule der gewählten Schulform innerhalb des Gebietes der LHP notwendig, um einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung nach der vorliegenden Satzung geltend machen zu können. Diese Änderung kam insbesondere Familien mit Anspruch auf Sozialleistungen zugute, deren Anträge bis dahin auf Grund der Nichterfüllung dieser Erstattungsvoraussetzung nicht bewilligt werden konnten.

Weiterhin beinhaltet die Erste Änderungssatzung die Reduzierung der Eigenbeteiligung der Eltern an den notwendigen Schülerfahrtkosten ab dem 3. schulpflichtigen Kind auf 15,00 € pro Monat. Die v. g. Änderungen in der Satzung führten zu einer deutlichen Erhöhung der Anspruchsberechtigten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.8 Sportförderbericht des Jahres 2010**

**Vorlage: 11/SVV/0521**

FB Bildung und Sport

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass man im Vergleich der kreisfreien Städte eine positive Entwicklung von Vereinen und Mitgliederzahlen habe. Einen besonderen Schwerpunkt nehme die Luftschiffhafen GmbH ein. Der Bericht sollte Grundlage für die künftige Haushaltsberatung sein.

**Herr Gessner** informiert zu den Inhalten und Schwerpunkten zum Jahr der Familie, dem viele Veranstaltungen gewidmet waren sowie zu weiteren wesentlichen Inhalten des Sportjahres 2010.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Es wird zugesagt, Fragen, die in der Sitzung nicht beantwortet werden können, mit der Niederschrift zu beantworten.

**Frau Kruczek** wünscht, dass man mehr Augenmerk auf den Breitensport legen sollte. Sie stellt Unstimmigkeiten beim Zuschuss Luftschiffhafen des Jahres 2009 (S. 5) fest, die sie hinterfragt. Weiterhin möchte sie wissen, warum keine Fördermittel für Sportgeräte abgefordert werden.

Herr Gessner gibt folgende Antwort zur Niederschrift :

Beim Zuschuss Luftschiffhafen 2009 handelt es sich um einen Übertragungsfehler. Grund dafür ist eine Veränderung des Zuschusses an die Luftschiffhafen GmbH während der Behandlung des Sportförderberichtes 2009.

Bei der Bezuschussung von Sportgeräten wurden im Berichtszeitraum gemäß damaliger Richtlinie nur 50 Prozent gefördert, so dass der Eigenanteil für den Sportverein relativ hoch war. Für 2011 wurden u.a. wegen der zögerlichen Inanspruchnahme die Förderregularien geändert und der nötige Eigenanteil der Sportvereine gesenkt.

**Herr Menzel** hat eine Frage zu Anlage 4 bezüglich AG's in der Grundschule Hanna von Pestalozza.

Herr Gessner gibt folgende Antwort zur Niederschrift:

Die Grundschule Hanna von Pestalozza ist eine Ganztagschule. Im Rahmen der Ganztagsangebote gibt es eine AG Schach, eine AG Turnen und eine AG Basketball. Diese AG's sind vereinsunabhängig. Der Sportverein Rot-Weiß-GG hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Schule und betreibt eine AG Fußball. Eine Vereinsmitgliedschaft ist notwendig. Der Karneval-Club betreut eine AG Tanzen und der Karateverein Fudo-Shin Dojo e. V. betreibt eine AG Karate. Die Daten wurden dem Internetportal „Schulporträts Brandenburg“ entnommen. Die

Daten für den Bericht waren leider nicht aktuell.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Sportförderbericht 2010 wohlwollend zur Kenntnis.

#### **zu 4.9 Sitzungskalender 2012**

##### **Vorlage: 11/SVV/0571**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Es gibt keine Änderungen oder Ergänzungen zum Sitzungskalender 2012.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse zu beschließen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

#### **zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 5.1 Information zum Umzug des Hauses 2 der Städtischen Musikschule an den Standort Stern**

**Frau Lupuleak** informiert, dass sich die Städtische Musikschule Potsdam sehr glücklich schätze, dass mit den beiden Gebäuden in der Jägerstraße 3-4 und in der Galileistraße 6-8 zwei für den Betrieb einer Musikschule speziell ausgestattete Häuser innerhalb des Stadtgebietes von Potsdam zur Verfügung stehen. Die Musikschule habe schon seit mehr als 20 Jahren zwei Häuser. Es werden nahezu alle Unterrichtsfächer in beiden Häusern angeboten und der überwiegende Teil der Lehrkräfte ist in beiden Häusern tätig, wobei im Haus 2 ein spezieller Schwerpunkt auf der Popularmusik liege. Das bisherige Haus 2 in Babelsberg war mit öffentlichen Verkehrsmitteln wesentlich schlechter erreichbar als das neue Haus 2 Am Stern. Man erreiche die Galileistraße 6-8 mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Potsdamer Hauptbahnhof in 12 Minuten und vom Platz der Einheit in 17 Minuten Fahrzeit. Von der Haltestelle Johannes Kepler-Platz müssen ca. 3 Minuten Fußweg zur Musikschule zurückgelegt werden. Der Gebäudeteil der Musikschule ist vollumfänglich behindertengerecht erschlossen. Die Musikschule habe mit diesem Standort einen klaren politischen Auftrag erhalten, an der Entwicklung des Stadtteils mitzuwirken. Standortvorteile seien eine gute Verkehrsanbindung, vorhandene Netzwerke von Stadtkontor und Jugendamt die Nähe zur Grundschule „Am Pappelhain“ und zum Leibniz-Gymnasium. Standortprobleme ergeben sich hinsichtlich Akzeptanz der Nutzer aus anderen Stadtteilen Potsdams und Vorurteilen in Bezug auf den Stadtteil Stern. Diese müssen langsam abgebaut werden, indem man das neue Gebäude erlebt und schätzen lernt.

Was ist bisher geschehen?

- Kontaktaufnahme zum Jugendamt und zum Stadtkontor und Mitarbeit in den vorhandenen Netzwerken

- Betreuung einer Mutter-Kind-Gruppe am EKIZ am Stern durch eine Musikpädagogin in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“ und dem Jugendamt
- Aktive Teilnahme am Stadtteilstfest am 3.9.2011
- Allein durch die Präsenz der Musikschule ergeben sich neue Möglichkeiten (Lehrkräfte und Schülergruppen des Gymnasiums besuchten bereits die Veranstaltungen „Vorhang auf!“)
- Nach den Herbstferien Start des Modell-Projektes „JEKISS - Die singende Grundschule“ an der Grundschule
- Angebote zum Mitsingen und Mit-Musizieren beim Jazz-Pop-Chor und der Percussionsgruppe an Gymnasium, Jugendclubs
- Teilnahme einer Band der Musikschule am Tag der offenen Tür des Gymnasiums am 22.10.2011
- Tag der offenen Tür am 26.11.2011

In Planung sind:

- Gründung eines Anwohner Chores
- Etablierung der Orientierungsstufe, insbesondere des Instrumenten-Karussells
- niedrigschwellige Angebote von Percussion-Workshop bis Band-Betreuung am Jugendclub oder / und am Gymnasium
- Gestaltung von gemeinsamen Konzerten oder Veranstaltungen
- eventuell findet der Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ 2013 am Campus statt, Verhandlungen haben stattgefunden

Momentan werden 564 Schüler von 47 Lehrkräften im Haus 2 unterrichtet. Es sind derzeit 7 Kurse Elementare Musikpädagogik im Haus 2 etabliert. Durch gezielte Werbemaßnahmen ist beabsichtigt, diese Zahl zu erhöhen. Es proben 8 Ensembles im Haus 2, u.a. Nachwuchsorchester „Saitentänzer“, Big Band, Percussion-Gruppe, Salonorchester. Es gibt keine Neueinstellungen von Lehrpersonal für das Haus 2. Der Gebäudeteil der Musikschule ist vollumfänglich behindertengerecht erschlossen.

Zum Tag der offenen Tür, am 26.11.2011, 10.00 -13.00 Uhr wird herzlich eingeladen.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

## zu 6 **Sonstiges**

**Frau Schummel** macht auf die Integrationspreisverleihung in der Schiffbauergasse aufmerksam.

**Herr Ziebarth** informiert über den erfolgreichen 1. Potsdamer Weiterbildungstag in den Bahnhofspassagen. Resonanz und Teilnahme waren sehr gut.

Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin